Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Heute „Moden-Spiegel“ * „Kunst-Spiegel“

Erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Moden-Spiegel“ mit „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „U.T.K.“, „Haus und Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Rebe Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 RM monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch d. Hauptexped. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46–49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440–3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla“, Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheck-Konto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nach Möglichkeit berücksichtigt.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeigen- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Lützowplatz 7; Lützower Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Hochmeisterstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Pücklerstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1-6; Greifswalder Straße 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Lauenburgerstr. 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halenseestraße 9; Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichtenfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 90/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 47; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 25/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Vogel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 34.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 54
Ausgabe für Berlin

55. Jahrgang
Dienstag, 2. Februar 1926

Europas Wirtschaft und Finanzen.

Die Lage Frankreichs.

Von [Nachdruck verboten.]

Joseph Caillaux.

(Copyright 1926 „Berliner Tageblatt“ für Deutschland und North American Newspaper Alliance.)

I.

Es ist ein Gemeinplatz, darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaft der Völker Europas und ihre Finanzen durch den Weltkrieg umgestürzt worden sind, daß sogar die Neutralen die Rückwirkungen der Katastrophe erfahren haben. Man weiß, daß das Unwetter überall vorbeigekommen ist. Es hat indessen tiefe und dauernde Verheerungen nur bei den ehemaligen Kriegführenden angerichtet, die, Sieger ebenso wie Besiegte, alle zu Schaden gekommen sind.

Im Osten des alten Kontinents ist Rußland in Trümmer gesunken. Es sucht sich wieder zu erheben, aber es schwankt hin und her. Soweit die getrennten, sich oft widersprechenden Nachrichten, über die wir verfügen, ein Urteil gestatten, hat die Sowjetrepublik bis jetzt die wirtschaftliche Formel nicht gefunden, die ihr, ohne dem Ideal der Siegerpartei ein zu grausames Dementi zu versetzen, ihre Produktion wieder aufzurichten und zu entwickeln und ihre Wirtschaft in die Wirtschaften der Länder individualistischen Regimes einzureihen gestattet, die das alte Zarenreich umgaben. Wird es der Sowjetrepublik gelingen, sich Europa wieder einzufügen, oder wird sie sich von ihm mehr und mehr entfernen, um an die Spitze eines asiatischen Bundes zu treten, der ein Gegenstück zum Völkerbunde bilden würde? Das ist das Geheimnis der Zukunft. Die einzige Feststellung, zu der die Gegenwart führt, ist die, daß das heutige Rußland nur durch sehr lose politische Bande mit dem alten Kontinent verknüpft ist. Wirtschaftlich und finanziell ist es von ihm getrennt. Die Halteseile sind gekappt.

Alle anderen Völker des alten Kontinents, die das Bedürfnis zur Vereinigung fühlen, die krampfhafte Anstrengungen machen, sich zusammenzuschließen, schwanken unter dem Sturme. Das Unwetter erzeugt hier finanzielle Unordnung, dort wirtschaftliche Unordnung. Und es scheint, daß man der einen nur entgeht, um der anderen zu verfallen. Der Gegensatz zwischen der finanziellen Harmonie und der wirtschaftlichen Harmonie scheint in der Tat eines der Kennzeichen der furchtbaren Krise von bisher ungekannter Ausbreitung der Tragweite zu sein, die in der Welt wütet.

Warum, wieso dieser Gegensatz?

Die Antwort wird sich aus den nachfolgenden Darlegungen ergeben.

*

Vor dem Jahre 1914 war die Welt im Lot, weil der Kapitalismus sich und sie in einer Atmosphäre der Ruhe hatte organisieren können. Seit dem Ende der napoleonischen Kämpfe bis zur Stunde, da der Weltkrieg ausbrach, hatte es keine Konvulsionen auf Erden gegeben. Einige kurz dauernde Kriege, in Abständen übrigens, politische, rein politische Revolutionen, das waren die einzigen Störungselemente gewesen. Sie hatten die gewaltige industrielle Entwicklung, die den Erfindungen des neunzehnten Jahrhunderts entsprungen war, nicht geschädigt, kaum aufgehalten. Die Bewegung hatte sich über die Welt verbreitet, und in dem Maße, wie sie an Boden gewann, stellte sie die von ihr ergriffenen Völker auf gleiche wirtschaftliche Basis. Da zudem kein Staat mit einem zu schweren Passivum belastet war, schufen die finanziellen Ungleichheiten keine ausgesprochenen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern. Alles strebte oder strebte anscheinend nach dem Gleichgewichte hin, nach einer Einebnung der wirtschaftlichen Weltkarte.

Aber nun hat der Krieg von 1914 überall die Lage umgestaltet, der Krieg, der zum Teil durch die Raserei des Wettbewerbes, die Gier nach Absatzmärkten, die Begehrlichkeiten und Leidenschaften entfesselt war, die man im Sturme des Wachstums nicht mittels einer Koordinierung zu zügeln bedacht gewesen war, deren Stütze die großen Staatsbanken hätten sein können. Der Krieg hat die Völker lange Jahre hindurch isoliert und sie dazu geführt, ihre meisten Bedürfnisse aus eigenen Mitteln zu befriedigen. Fast überall sind künstliche Industrien entstanden. Nach einem von mir gebrauchten und anderswo aufgenommenen Ausdruck ist jedes Land daran gegangen, „alles zu machen“. Gleichzeitig sind die Kriegführenden, um den Erfordernissen des Kampfes zu genügen, kolossale Schulden eingegangen, deren Dienst ungeheure Steuerauflagen notwendig machen mußte. Nun gab es keine Einebnung der wirtschaftlichen Karte mehr, die sich vielmehr in kurzer Frist mit riesenhaften Unebenheiten bedeckte! Unebenheiten, die, wohlverstanden, die gegenseitige Durchdringung hemmen oder verwickelt machen. Man hätte, man würde sie beseitigen müssen, damit der große Strom des Austausches, der die wirtschaftliche Gesundheit herbeiführt, sich wieder einstellen könnte.

Es hätte zwei gleichzeitig ins Werk zu setzende Verfahren gegeben, um dahin zu gelangen: einmal die Gleichmachung der Schulden und die Annäherung der Steuersysteme, außerdem Handelsübereinkommen, welche die Rohstoff- und Absatzfragen regeln und bis zur Aufteilung der industriellen Arbeit unter die Nationen gehen würden. Leider hat man sich auf ganz andere Wege begeben. Anstatt zu dem wirtschaftlichen und finanziellen Reinemachen zu schreiten, das ohne Zweifel für jeden Opfer, aber heilsame Opfer im Gefolge gehabt hätte, haben sich die Nationen um die Wette in den Schildkrötenpanzer ihrer unintelligenten Egoismen zurückgezogen. Sie glaubten ihr Heil zu sichern, indem sie ihre Nachbarn ignorierten. So führten sie ihren Ruin, mindestens ihren zeitweiligen Ruin herbei.

Was hat sich denn begeben? Es hat sich begeben, daß die Völker, deren Finanzen am meisten niedergeworfen und deren Wirtschaft am schwersten heimgesucht war, den Kurs ihrer Valuten, der ihre wirtschaftliche Stellung gegenüber den anderen Ländern ausdrückt, zusammensinken sahen. Indessen nahmen, während ihre Währungen sanken und gerade weil sie sanken, ihre Industrien, voran ihre künstlichen Industrien, einen für ihre Nachbarn außerordentlich schädigenden Aufschwung. Eine Erscheinung, die oftmals dargelegt, die leicht zu erklären ist. Ein Land, dessen Währung verfällt, erzeugt vorteilhafter als seine Wettbewerber, solange sich die Preise im Innern nicht der Entwertung des Zahlungsmittels angeglichen haben, weil die mit Papier von der Annahme nach unveränderlicher Kaufkraft gezahlten Löhne faktisch eine Verringerung erfahren. Selbst dann, wenn nach vollzogener Angleichung von Geld und Preisen die Löhne auf normale Höhe zurückgekehrt sind, genießt die Industrie der Länder mit zerrütteter Währung einen Vorteil: sie zahlt die von ihr eingegangenen Anleihen, ihre Obligationsschuld mit entwertetem Papier zurück. Natürlich sind die Konkurrenten, die einen gesunden Geldumlauf aufrechterhalten oder wiederhergestellt haben, geschädigt. Der Valutaverfall bei ihren Rivalen wirkt gegen sie als Ausfuhrprämie, unter der ihre Industrien leiden. Die Hochöfen, die Kamine erlöschen, die Webstühle stehen still, ein Teil der Arbeiterbevölkerung ist zum Feiern verurteilt.

Indessen bleiben die Völker, deren Währung verdorrt ist, nicht ins Unendliche in diesem Zustand. Durch die Gewalt der Dinge werden früher oder später die Valuten wieder stabilisiert. Dann folgt auf die Finanzkrise eine industrielle Krise, weil die Erzeuger die Absatzmärkte verlieren, die ihnen die Geldentwertung eröffnet hatte. Diese zweite Krise ist von beschränkter Schwere, wenn die Währungsregulierung sich auf natürliche Weise vollzieht, das heißt, wenn gesetzgeberische Maßnahmen nur dazwischen treten, um eine während genügend langer Zeit beobachtete Kursfenkung festzustellen. Die Krise nimmt dagegen einen furchtbaren Umfang an, wenn die Regierenden aus dem einen oder anderen Grunde nicht zu warten verstehen, wenn sie die Rückkehr zu gesunder Währung mit Ueberstürzung, ohne sehr aufmerksam den Pulz ihres Landes geprüft zu haben, ins Werk setzen.

Sei dem wie immer, noch auf lange hinaus werden die Nationen des alten Europas, wenn sich nicht die so wünschenswerte, aber so ungewisse große Annäherung unter den Völkern vollzieht, zwischen dem finanziellen Marasmus und dem wirtschaftlichen Marasmus hin und her schwanken.

Diese Behauptung soll durch die Lage Frankreichs, die wir im einzelnen darlegen wollen, beleuchtet werden. Diese wird gleichzeitig alle die Schwierigkeiten, meist politischen oder

Die Abrüstungsvorkonferenz.

Warum sie verschoben wurde.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

♯ **Bern**, 1. Februar.

Die Gründe, die zu dem Antrag Frankreichs, Italiens, Japans, der Tschechoslowakei und Uruguays auf Verschiebung der Tagung der Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz geführt haben, sind in erster Linie politischer, jedoch auch technischer Natur. Politisch kommt zunächst in Betracht, daß man sich über die programmatischen Grundlagen für die Arbeiten der Kommission noch nicht einig ist, namentlich in bezug auf die Frage der Einbeziehung der Rüstungsbeschränkung zur See, ferner, daß die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Rußland noch in der Schwebe sind und wahrscheinlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Technisch kommt in Betracht, daß das Generalsekretariat im Hinblick auf die bevorstehende Anmeldung Deutschlands im Februar mit der Vorbereitung der außerordentlichen Völkerbundsversammlung beschäftigt sein wird, in der Deutschland aufgenommen werden soll und die mit der Tagung des Rates zusammenfallen soll.

Der Vertreter Spaniens im Völkerbundsrat teilte dem Generalsekretär mit, daß seine Regierung den Antrag auf Vertagung der Verhandlungen der Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz unterstützt.

Paris, 1. Februar.

Am Quai d'Orsay wird erklärt, daß die Abrüstungskonferenz **wahrscheinlich am 15. April** stattfinden wird. Das „Journal des Débats“ versieht indes diese Angabe mit einem Fragezeichen.

Die fünf Mächte, welche den Antrag auf die Verschiebung der Abrüstungskonferenz gestellt haben, sind Italien, Japan, die Tschechoslowakei, Uruguay und Frankreich. Es muß also wohl ein Irrtum gewesen sein, wenn nach der Unterredung Chamberlains mit Briand offiziös berichtet wurde, beide Staatsmänner hätten erklärt, daß sie die Verschiebung der Konferenz nicht beantragen würden. Die Zeitungen, denen die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz unheimlich ist, betrachten den Aufschub als einen Erfolg. Es könnte sich ja in den nächsten zwei Monaten immerhin noch einiges ereignen, was eine neue Vertagung nötig mache. Ueber die Abrüstung Deutschlands schreibt heute der „Temps“: Die Abrüstung Deutschlands kann mit der Abrüstung der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands nicht verglichen werden, denn diese Länder können ihre Verteidigung nach eigenem Gutdünken organisieren, während die Rüstungen Deutschlands durch den Vertrag von Versailles definitiv begrenzt sind. Aus den Artikeln der deutschen Zeitungen kann man darauf schließen, daß Deutschland selbst die These aufstellen will, die alliierten Mächte müßten im gleichen Verhältnis wie das Reich abrüsten. Diese These (bei der einzig und allein an Frankreich, Belgien und Polen gedacht wird) hat keine Grundlage. Es wäre interessant zu sehen, ob die Deutschen die Logik so weit treiben wollen, auch die Abrüstung zur See von England und Amerika im gleichen Verhältnis zu Deutschland zu verlangen. Man kann sich vorstellen, wie diese Forderung in London und Washington wirken würde? In Wirklichkeit ist kein Vergleich möglich. Die Alliierten können freiwillig übereinkommen, ihre Rüstungen zu beschränken. Dem Deutschen Reiche ist die Rüstungsbeschränkung durch den Vertrag diktiert. Erst wenn das Reich zum Völkerbund gehört und einen Sitz im Rate erhalten hat, erst, wenn es gleich den anderen Staaten durch alle Bestimmungen des Völkerbundsstatuts gebunden ist — erst dann kann es an der Reorganisation der Rüstungsverhältnisse in Europa teilnehmen.“

Ungünstiger Eindruck in Amerika und England.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Washington, 1. Februar.

Die europäischen Nachrichten über die Möglichkeit einer Verzögerung der Vorkonferenz über die Abrüstung werden hier mit Bedauern aufgenommen. Die hiesige Regierung steht auf dem Standpunkt, daß das Datum des 15. Februar festgehalten werden sollte. Daß gerade im gegenwärtigen Augenblick, da es der amerikanischen Regierung nach langem Kampfe gelungen ist, die parlamentarische Zustimmung für ihre Beitrittserklärung zum Weltgericht zu erlangen, das Zustandekommen der Abrüstungs-Vorkonferenz in Genf in Frage gestellt zu sein scheint, muß tatsächlich als äußerst bedauerlich bezeichnet werden. Die europäischen Meldungen über angebliche Intrigen hinter den diplomatischen Kulissen, besonders unter Einfluß militärischer Faktoren, die zum Ziel haben sollen, sogar diesen ersten Zögern den Schritt auf den Wegen zur Abrüstung zu sabotieren, wirken hier so ungünstig wie nur möglich. Die Gegner jeder Zusammenarbeit in Europa, die eben noch eine so empfindliche Niederlage im Senat erlitten, schöpfen neuen Mut, das Volk bei den nächsten Wahlen im Herbst für ihre Isolierungsthese zu gewinnen. Amerika hat seinen guten Willen bekundet durch Annahme der Genfer Einladung, und der Entschluß ist maßgebenden Stellen nicht leicht gefallen angesichts des Mißtrauens, das in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen die „Hinterhältigkeit und Doppelzüngigkeit der europäischen Diplomatie“ herrscht. Die Vertagung der Genfer Vorkonferenz in diesem Augenblick müßte darum die langsam einsetzende Entwicklung zugunsten engerer Zusammenarbeit mit Europa bei dem amerikanischen Volke erneut erheblich verzögern.

London, 1. Februar.

Auch hier hält man es jetzt für so gut wie sicher, daß die Abrüstungskonferenz verschoben wird. In englischen Kreisen wird diese Tatsache bedauert, da man nach hiesiger Ansicht nicht früh genug mit der Vorbereitung der überaus vielseitigen und schwierigen Abrüstungskonferenz beginnen könne. Andererseits aber sagt man sich auch, daß alles versucht werden müsse, um Sowjetrußland in die Reihen der Konferenzteilnehmer einzubeziehen, schon mit Rücksicht auf Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und dem Osten. Sollte dies bis zum 15. Mai gelingen, so meint man, so würde der Aufschub nicht vergeblich gewesen sein.